Seit dem 11. September 2001 beherrscht die Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus die sicherheitspolitische Debatte. Doch einer nachhaltigen Sicherheitspolitik in Zeiten der Globalisierung muss es in umfassender Weise um menschliche Sicherheit gehen.

Das Jahrbuch Gerechtigkeit II benennt die größten Bedrohungen der Sicherheit von Menschen, Gesellschaften und Staaten durch die unterschiedlichen Formen von Gewalt. Es zeigt, wie Gewalt und wirtschaftliche Ungerechtigkeit zusammenhängen, wie Habgier tödlich werden kann.

Mehr als 60 Schaubilder dokumentieren, wie sich weltweit Armut, Ungleichheit und Gewalt in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben.

Zugleich machen die 35 kirchlichen Gliederungen, Organisationen und Institutionen mit dem Jahrbuch Mut, entschieden für Frieden und Gerechtigkeit einzutreten.

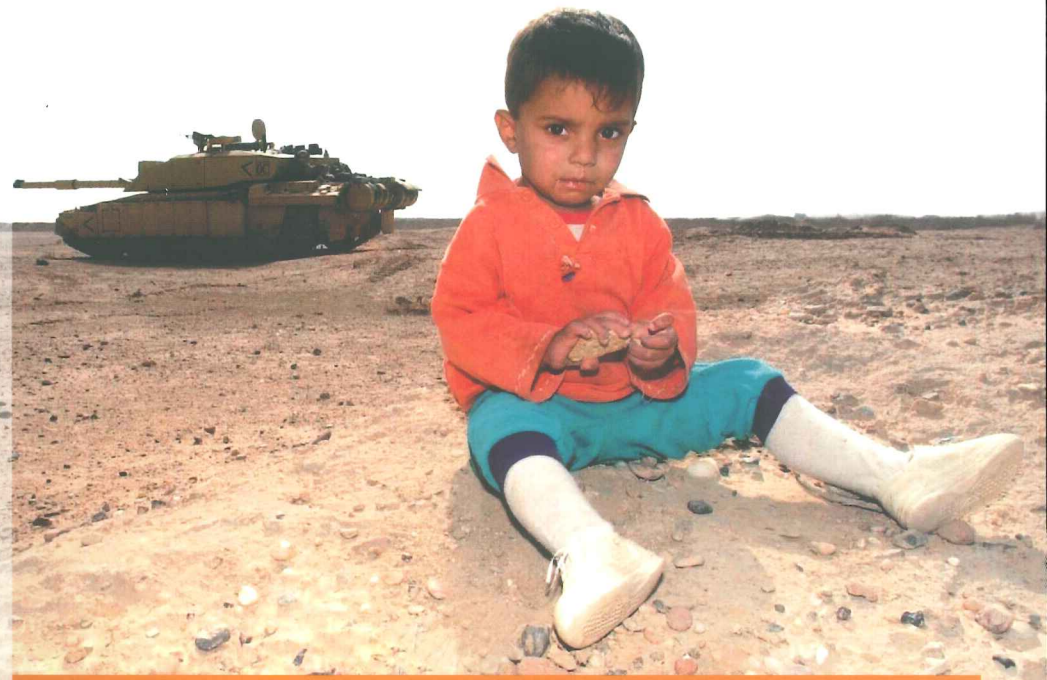
Ein gemeinsames Buch
von Frankfurter Rundschau
und Publik-Forum

www.fr-aktuell.de
www.publik-forum.de

ISBN-10: 3-88095-156-X
ISBN-13: 978-3-88095-156-3

Reichtum • Macht • Gewalt
Jahrbuch Gerechtigkeit II

Kirchlicher Herausgeberkreis
Jahrbuch Gerechtigkeit



Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit

Reichtum • Macht • Gewalt

Sicherheit in Zeiten der Globalisierung

Jahrbuch Gerechtigkeit II

Publik-Forum
Frankfurter Rundschau

Herausgeber

● Akademisches Zentrum Rabanus Maurus im Bistum Limburg ● Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland ● Bischöfliches Hilfswerk Misereor ● Brot für die Welt ● Bundeskommission Betriebsseelsorge ● Caritasverband für die Diözese Limburg ● Diakonisches Werk Baden ● Diakonisches Werk Bayern ● Diakonisches Werk der Evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland ● Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck ● Diakonisches Werk in Hessen und Nassau ● Diakonisches Werk in Württemberg ● Evangelische Kirche in Hessen und Nassau ● Evangelische Kirche im Rheinland ● Evangelische Kirche von Westfalen ● Evangelische Landeskirche in Württemberg ● Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) ● Evangelisches Missionswerk Südwestdeutschland (EMS) ● Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern ● Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland ● Gossner Haus Mainz – Arbeitswelt und Gerechtigkeit ● Gossner Mission Berlin ● INKOTA–Netzwerk ● Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands ● Kindernothilfe ● Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt ● Kirchlicher Entwicklungsdienst Bayern ● Ökumenischer Trägerkreis Armut/Reichtum – Gerechtigkeit ● Oswald von Nell-Breuning-Institut ● Pax Christi Deutsches Sekretariat ● Plädoyer für eine ökumenische Zukunft ● Referat Berufs- und Arbeitswelt im Bistum Mainz ● Stiftung Ökumene ● Vereinte Evangelische Mission (VEM) ● Werkstatt Ökonomie

Geschäftsführung und Redaktion

● Klaus Heidel, Werkstatt Ökonomie (Heidelberg) ● Pfr. Dr. Thomas Posern, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Mainz)

Lenkungsausschuss

● KR Henry von Bose, Diakonisches Werk Württemberg (Stuttgart) ● Pfr. Dr. Lothar Elsner, Bildungswerk der Süddeutschen Konferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland (Stuttgart) ● Klaus Heidel, Werkstatt Ökonomie (Heidelberg) ● Paul Hell, Evangelischer Entwicklungsdienst (Bonn) ● Ines Nößler, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland (Eisenach) ● Pfr. Dr. Thomas Posern, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Mainz) ● KR Dr. Wolfgang Schürger, Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (München) ● Dr. Thomas Wagner, bis 30. Juni 2006 Referat Kirche und Arbeiterschaft im Bistum Limburg (Limburg)

Inhalt

Frieden und Gerechtigkeit bedingen einander 7
(Klaus Heidel und Thomas Posern)

I. Kirchlicher Diskussionsbeitrag

Dass Gerechtigkeit und Friede sich küssen 12
Menschliche Sicherheit weltweit gewährleisten.
Ein kirchlicher Diskussionsbeitrag zur sicherheitspolitischen Grundausrichtung
(Erarbeitet vom Lenkungsausschuss)

II. Zwischenrufe

Befreiungskampf und Glaubenskrieg 46
Widerstand gegen die Hellenisierung des Orients *(Rainer Kessler)*

»Globalisierung« vor zweitausend Jahren und heute 52
Ausbeutung und Gewaltherrschaft im römischen Reich
und die biblische Perspektive »von unten« *(René Krüger)*

Auf der Suche nach Sicherheit angesichts sozialer Polarisierung 60
(Walter Klaiber)

Überwindung struktureller Gewalt durch mehr Gerechtigkeit 66
Anmerkungen zur Diskussion im Ökumenischen Rat der Kirchen *(Martin Robra)*

Strukturelle Gewalt und menschliche Sicherheit 72
Die Perspektive der Opfer ist entscheidend *(Thomas Posern)*

Wirtschaft, Gewalt und Menschenrechte in unserer Zeit 80
(Herta Däubler-Gmelin)

Globalisierung, Ungleichheit und strukturelle Gewalt 87
Zur Interdependenz ökonomischer und politischer Entscheidungen *(Gisela Kubon-Gilke)*

Sicherheit bei Ungleichheit 93
(Michael Dauderstädt)

Sozialreformen in der Gewaltspirale der Globalisierung 102
(Franz Segbers)

Deutsche Interessen oder gemeinsame Gerechtigkeit? 109
Die Bundeswehr im weltweiten Einsatz *(Horst Scheffler)*

Tauben? Adler? Geier? 115
Das Beispiel Kongo *(Wolfgang Heinrich)*

Das Beispiel des Erdölprojektes Tschad-Kamerun 123
Die Überwindung von Gewalt im Kontext von Gewaltökonomien und sich zuspitzenden Ressourcenkonflikten *(Martin Petry)*

Verbrannte Erde wieder fruchtbar machen 129
Das Projekt »Fischen versöhnt« auf Halmahera/Indonesien *(Katja Dorothea Buck)*

Soziale Ungleichheit und Gewalt 135
(Ueli Mäder)

Gewalt und die Krise der Gesellschaft in Südafrika 143
(Jacklyn Cock)

Die vorgeblichen Religionskonflikte in Nigeria 151
(Katja Hansen und Wolfgang Kaiser)

Von Wasserträgern und Protagonisten 159
Zur Wechselwirkung von Ungleichheit und Gewalt bei Kindern und Jugendlichen in Südamerika *(Peter Strack)*

Soziale Ausgrenzung als Rechtfertigung von Gewalt 168
Das Leiden der Dalit-Frauen in Indien *(Walter Hahn)*

Schlagen Sie mich nicht, reden Sie mit mir 176
(Jörg Baruth)

III. Schaubilder und Weltkarten

Armut, Reichtum und Gewalt 184
Schaubilder und Weltkarten gegen Vorurteile *(Klaus Heidel)*

Trotz aller Fortschritte: Armut bedroht noch immer menschliche Sicherheit 186
(absolute Armut, menschliche Entwicklung, Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Unterernährung)

Welt ohne Mittelklasse? Soziale Ungleichheit als Herausforderung für menschliche Sicherheit 210
(Daten zur Entwicklung und zum Stand sozialer Ungleichheit innerhalb von Ländern und zwischen Ländern)

Friedlose Welt: Direkte Gewalt als Aushöhlung menschlicher Sicherheit 232
(Terrorismus, Gewaltverbrechen, bewaffnete Konflikte, Flüchtlinge, Waffenhandel)

Die Autorinnen und Autoren des Jahrbuches Gerechtigkeit II 254

Frieden und Gerechtigkeit bedingen einander

Klaus Heidel und Thomas Posern

Fünf Jahre nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erinnern die 35 kirchlichen Herausgeber des Jahrbuchs Gerechtigkeit II daran, dass weltweit die Sicherheit von Menschen in höchst unterschiedlicher Weise bedroht ist: In der Perspektive eines umfassenden Friedens, wie er im biblischen Begriff des »Schalom« vorgestellt wird, und in Aufnahme der Überlegungen der Vereinten Nationen zu einem ganzheitlichen Sicherheitskonzept regen sie an, in umfassender Weise nach den Bedrohungen der Sicherheit von Menschen durch unterschiedliche Formen von Gewalt zu fragen und hierbei auch die Zusammenhänge von Gewalt und sozialer Ungerechtigkeit in den Blick zu nehmen. Auf diese Weise greifen sie auch einen Impuls der neunten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Februar 2006 in Porto Alegre auf. Die Vollversammlung betonte mit Blick auf die Halbzeit der Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt die Notwendigkeit, Gerechtigkeit und Frieden als sich wechselseitig bedingende Ziele zu verstehen.

In diesem Sinne fordert der *kirchliche Diskussionsbeitrag* »Dass Gerechtigkeit und Friede sich küssen – Menschliche Sicherheit weltweit gewährleisten« eine Überprüfung der sicherheitspolitischen Debatte: In ihrem Mittelpunkt müsse der Mensch stehen, und sie müsse die Dimensionen von Frieden und Gerechtigkeit integrieren. Die im zweiten Teil des Jahrbuchs Gerechtigkeit versammelten »Zwischenrufe« führen den Gedankengang dieses Diskussionsbeitrags aus und ergänzen ihn:

Rainer Kessler und *René Krüger* erinnern am Beispiel antiker »globaler« Konflikte im Zusammenhang mit der Hellenisierung des Orients und der Gewaltherrschaft im Römischen Reich an biblische Einsichten in die Notwendigkeit und die Verheißung eines »Zusammenlebens nach Recht und Gesetz« (Kessler). Diese Einsichten entfaltet *Walter Klaiber*, wenn er ange-

scheidungen und konkrete Gesetze haben, obwohl diese staatlichen Vorgaben sie eigentlich in ihrem Handeln restringieren sollen. Damit gibt es neben der unintendierten Wirkung des politischen Wettbewerbs durch zunehmende Faktormobilität das zweite Problem, dass durch die Interdependenz ökonomischer und politischer Entscheidungen ineffiziente Entwicklungspfade eingeschlagen werden, die von sehr hoher Ungleichheit, sozialem Ausschluss, Diskriminierung und struktureller Gewalt begleitet werden.

Sicherheit bei Ungleichheit

Michael Dauderstädt

Spätestens seit dem 11. September 2001 fühlt sich der reichere Teil der Welt bedroht. Dabei ist umstritten, inwieweit der Terrorismus seine Wurzel in der globalen oder lokalen Ungleichheit der Wohlstandschancen hat.[1] Aber auch eine Fülle anderer »Bedrohungen« (Migration, Kriminalität, Seuchen) sind eng mit den Strukturen sozialer Ungleichheit und den von ihnen ausgelösten Konflikten in den armen Ländern verbunden. Die einschlägigen sicherheitspolitischen Doktrinen der reichen Länder[2] setzen daher zunehmend auf Prävention und Intervention. Diese neue Weltinnenpolitik droht aber an den Wurzeln der Ungleichheit zu scheitern.

Die Konstitution von Sicherheit und Ungleichheit

Sicherheit und Ungleichheit sind zwei Zustände, die beide ein hohes Maß an Subjektivität aufweisen. Menschen fühlen sich sicher oder bedroht, ungleich behandelt bzw. relativ arm oder reich, ohne dass die wirklichen Verhältnisse dieser Wahrnehmung voll entsprechen müssen. Im Gegenteil: Bedrohungen ebenso wie das Gefühl der Sicherheit, Ungleichheit ebenso wie das Gefühl sozialer Gerechtigkeit werden gemacht – häufig von Akteuren mit starken Interessen an einer bestimmten Definition oder Wahrnehmung. Betrachten wir zunächst die Sicherheit, nicht zuletzt weil Ungleichheit in der Welt fast immer auch ein ungleiches Niveau an Sicherheit impliziert.

Sicherheit kann sich auf einzelne Menschen, Gruppen und Länder oder auf Gegenstände (z. B. Gebäude) oder Beziehungen zwischen all diesen (z. B. Eigentum, Einkommen, Ehe etc.) beziehen. Idealtypische Staaten mit

1 Herbert Kitschelt (2004): Origins of International Terrorism in the Middle East, in: Internationale Politik und Gesellschaft, S. 159-188.

2 The White House (2002): The National Security Strategy of the United States of America, Washington, September (http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.html), bzw. für die EU: Javier Solana (2003): A Secure Europe in a Better World, Brüssel/Thessalonki.

ihrem Gewaltmonopol und Rechtssystem haben als eine ihrer wichtigsten Aufgaben die Gewährleistung dieser Sicherheiten, indem sie ihre Bürger, ihre Rechte und ihr Eigentum schützen. Die innere Sicherheit von Staaten schützt die Bürger vor sich selbst, die äußere vor anderen Staaten. Dieses wohlgeordnete System ist spätestens mit der Globalisierung in Unordnung geraten. Viele Bürger und/oder ihr Eigentum befinden sich auf dem Territorium anderer Staaten, und auf dem Territorium des eigenen Staates befinden sich Bürger anderer Staaten und deren Eigentum. Bedrohungen gehen vor allem in letzter Zeit weniger von fremden Staaten aus als vielmehr von Individuen, Gruppen und Prozessen, die sich der Kontrolle von Staaten entzogen haben.

Leben und körperliche Unversehrtheit sind die Kernzonen der Sicherheit, auch wenn sie gelegentlich gefährdet oder geopfert werden, um andere Interessen durchzusetzen. Bedrohungen dieser Kernzone werden aber sehr unterschiedlich wahrgenommen, je nachdem, wovon sie ausgehen. Selbst gewählte Risiken (z. B. Extremsport) werden viel eher akzeptiert als Risiken, die ohne oder gegen den eigenen Willen eintreten. Bedrohungen durch fremde Staatsbürger erscheinen größer als die durch die eigenen Mitbürger. Die Anstrengungen der Staaten, Bedrohungen vorzubeugen, entsprechen diesen oft verzerrten Wahrnehmungen. Die Polizei erhöht ihre Präsenz dort, wo sich die Bürger am stärksten bedroht fühlen, nicht dort, wo die meisten Verbrechen passieren.[3] Vergleicht man die Anzahl der Opfer (unter 3000) der Anschläge vom 11. September 2001 mit der Gesamtzahl der Todesopfer in den USA in diesem Jahr, so wurden 2001 in den USA 13 752 Menschen ermordet, davon etwa die Hälfte mit Handfeuerwaffen,[4] ohne dass etwa diese Ursachen abgestellt würden.

Der Aufwand, den Individuen und Staaten betreiben, um ihre Sicherheit zu erhöhen, hängt nicht nur von der wahrgenommenen Bedrohung ab, sondern auch von den Ressourcen, die ihnen zur Verfügung stehen. Reiche Menschen und Staaten wenden – in jedem Fall absolut, wenn auch vielleicht nicht relativ zum Einkommen oder Vermögen – mehr Ressourcen zu ihrem eigenen Schutz auf als arme. Dieser Unterschied spiegelt die Unterschiede in der Bewertung des Lebens wider, die man auch

3 »The police are supposed to reduce fear of crime as well as crime. That's hard when there's little relationship between the two« (»Fear itself«, in: Economist, 10. 7. 2003, S. 30).

4 Vgl. FBI Uniform Crime Report 2001 (http://www.fbi.gov/ucr/01cius.htm).

bei Entschädigungen oder Versicherungen feststellen kann.[5] Der zugerechnete Wert entspricht grob dem mit der Lebenserwartung multiplizierten Einkommen (siehe Tabelle 1).[6] Die Entschädigungen, die etwa die US-Armee den Familien der von ihr getöteten Irakis zahlt, liegen weit unter denen, die der amerikanische Staat etwa den Familien der Opfer des 11. September 2001 zahlt.

Tabelle 1: Die Ökonomie der Ungleichheit

	»Der Arme«*	»Der Reiche«*	Verhältnis
Kaufkraft pro Jahr (US-Dollar)	1 990	27 450	1:13,8
Nominaleinkommen pro Jahr (US-Dollar)	420	27 510	1:65,5
Lebenserwartung (Jahre)	59	78	1:1,3
Nominelles Lebenseinkommen	24 780	2 145 780	1:86,5

* *Die Zahlen entsprechen den Durchschnittswerten der Länder mit niedrigem und hohem Einkommen, hinter denen sich noch weitere Ungleichheiten verbergen.*
Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 2002, S. 273.

Wie man der Tabelle 1 entnehmen kann, stehen einem durchschnittlichen Bürger eines reichen Landes ein fast 14 Mal größeres Bündel an Ressourcen (Gütern und Dienstleistungen) zur Verfügung als dem eines armen Landes. Gemessen in Wechselkursen statt in Kaufkraft sind die Unterschiede noch erheblich (fast fünf Mal) größer, was dann zum Tragen kommt, wenn diese Länder in Interaktion treten und sich ein Bürger eines reichen Landes mit seinem Jahreseinkommen die Lebens- und Arbeitszeit vieler Bürgers eines armen Landes erkaufen kann. Die kürzere Lebenserwartung in den armen Ländern ist auch Ausdruck eines permanent höheren Bedrohungsniveaus von Leben und Gesundheit der Einwohner. Diese Einkommens- und Sicherheitsungleichheit wird ergänzt durch eine Vielzahl anderer Ungleichheiten bezüglich biologischer (z. B. Hautfarbe oder Geschlecht) oder kultureller (z. B. Sprache, Religion, Herkunft) Ei-

5 Die USA zahlten den Familien der Opfer des Massakers von Haditha im Irak zwischen 1500 und 2500 US-Dollar (Economist, 3.6.2006, S. 43); Ökonomen beziffern die Kosten jedes im Irak gefallenen amerikanischen Soldaten auf etwa 6 bis 7 Millionen US-Dollar (Economist, 6. 4. 2006).

6 Ökonomen der New York's Federal Reserve schätzten die entgangenen Lebenseinkommen der Opfer des 11. September auf 7,8 Milliarden US-Dollar, also etwa 3 Millionen US-Dollar pro Person (Economist, 17. 2. 2005: The town of the talk. A survey of New York, S. 6).

genschaften. Diese Ungleichheiten können die wirtschaftliche Ungleichheit unter bestimmten Umständen begründen, aber auch davon ablenken.

Die Legitimität und Konfliktträchtigkeit von Ungleichheit

Einkommensungleichheit als solche muss nicht zwangsläufig zu Konflikten führen.[7] Die Akzeptanz von Ungleichheit hängt stark davon ab, ob und wie die Unterschiede wahrgenommen werden und ob sie als legitim angesehen werden oder nicht. Offensichtlich sind diese Bedingungen gesellschaftlich bestimmt. Je mehr die Unterschiede als legitim gelten, desto offener werden sie zur Schau getragen. In den USA etwa ist sowohl die Akzeptanz als auch die Transparenz der Einkommensverhältnisse höher. Da die Amerikaner dazu tendieren, Einkommensunterschiede auf Leistung zurückzuführen, sind ihre Erwartungen und Ansprüche an staatliche Umverteilung niedriger als etwa in Europa.[8]

In demokratischen Marktwirtschaften wird die Einkommensverteilung weitgehend akzeptiert, da sie über einen doppelten Legitimationsmechanismus verfügt. Die Primärverteilung bestimmt im Idealfall der Markt. Soweit das Marktergebnis korrekturbedürftig erscheint, haben die Bürger über den demokratisch kontrollierten Staat die Möglichkeit, sowohl die Regulierung der Märkte als auch nachträglich das Marktergebnis (durch Besteuerung und Umverteilung) zu ändern. Dieses System hat sich als sehr stabil erwiesen, solange die überwältigende Mehrheit diese Regeln akzeptiert. Im Idealfall sind es nur wenige Kriminelle, die Eigentum außerhalb dieser Regeln umverteilen wollen. Innerhalb der OECD-Länder steigt allerdings in der Regel mit zunehmender Einkommensungleichheit die Kriminalitätsrate, wobei die USA diesem Effekt durch eine – die dortige überdurchschnittliche Ungleichheit widerspiegelnde – überdurchschnittliche Einkerkerungsrate entgegenwirken.[9]

Die Doppellegitimität demokratischer Marktwirtschaft verdankt sich allerdings auch der – von mächtigen Interessen geförderten – Verdrängung

7 Vgl. Christopher Cramer (2001): Economic Inequalities and Civil Conflict, SOAS Discussion Paper, University of London.

8 Alberto Alesina und George-Marios Angeletos (2005): Fairness and Redistribution, in: The American Economic Review, Bd. 95, Heft 4, S. 960-980.

9 Richard Münch: Solidarity and Justice in the Extended European Union, in: Maurizio Bach u. a. (Hg.) (2006): Europe in Motion. Social Dynamics and Political Institutions in an Enlarging Europe, Berlin, S. 79-95, hier S. 83.

von Sachverhalten. Die Chancengleichheit ist weitgehend fiktiv. Tatsächlich hängen Einkommen und Vermögen eng mit dem sozialen Status der Eltern zusammen. Die aus dem Prinzip des Äquivalententauschs abgeleitete Vorstellung der Gerechtigkeit von Marktergebnissen übersieht die vielfältigen Formen von Marktversagen und Marktunvollkommenheiten. Vor allem überdurchschnittliche Einkommen (die als »Renten« bezeichnet werden) verdanken sich fast immer einer besonderen, oft politisch geschützten Marktmacht, die gerade jene im Modell der vollständigen Konkurrenz unterstellten Ausgleichsprozesse unterbindet oder verzögert, die für die Legitimation der Marktwirtschaft so zentral sind.

Die kaum angefochtene Legitimität der Märkte, die ihre Hegemonie seit den 1980er-Jahren und vor allem seit dem Zusammenbruch des Kommunismus immer weiter verfestigt hat, hat die zweite Säule der Legitimität der demokratischen Marktwirtschaften untergraben. Demokratisch entschiedene staatliche Umverteilung steht im Generalverdacht der Ungerechtigkeit und Unzweckmäßigkeit, die den erfolgreichen Marktteilnehmern die legitimen Früchte ihrer Leistung raubt, ohne die Gesamtwohlfahrt zu erhöhen. Im Extremfall wird der Staat als Institution gesehen, mit der die politische Klasse sich selbst und ihre Klientel (die Empfänger wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung) bereichert.

Eine Vielzahl von Ländern ist jedoch weit von diesem selbst von Legitimationsproblemen geplagten Typus demokratischer Marktwirtschaften entfernt. Die Einkommen hängen dort in noch viel größerem Umfang von Renten ab, die vor allem aus der politischen Kontrolle von Rohstoffen und der hohen Vermögenskonzentration (vor allem von Grund und Boden) stammen. Der Staat finanziert sich nicht durch Steuern, deren Zahler eine Mitentscheidung über ihre Verwendung fordern würden, sondern aus diesen Renten einschließlich internationaler Hilfe. In diesen Rentenökonomien hängen viele Einwohner von Einkommen ab, die die herrschenden Staatsklassen über Patronagesysteme verteilen. Eine wirkliche Demokratisierung hat in diesen Ländern kaum eine Chance, da die Eliten eine Umverteilung ihres Vermögens (das auf Grund seiner Natur leicht zu besteuern oder zu enteignen ist) fürchten müssen und daher bei Bedarf einen hohen Teil ihrer Ressourcen auf die Unterdrückung der Opposition verwenden.[10]

10 Carles Boix (2003): Democracy and Redistribution, Cambridge.

In derartigen autoritären Rentenökonomien sind Konflikte inhärent.[11] Es kann kaum überraschen, dass sich viele Menschen gegen dieses Monopol von kaum legitimierter Macht und relativem Reichtum wehren. Sie suchen Ausweichstrategien oder wollen mit Gewalt ihren Anteil am Kuchen erhöhen. Wie eine Weltbankstudie[12] festgestellt hat, erhöhen Rohstoffvorkommen und andere ausbeutbare für Renteneinkommen geeignete Ressourcen die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen.

In Diktaturen, die keine friedlichen Wege zur Artikulation von Interessen oder zur Durchsetzung anderer Werte zulassen, erscheint den Unterdrückten gewaltsamer Widerstand oft als einzige und legitime Option. Aber die Übergänge zwischen Freiheitskämpfern, Terroristen und Gewaltunternehmern sind fließend.[13] Auch eine Widerstandsbewegung braucht Ressourcen, nicht zuletzt Geld, und kann sie nur illegal beschaffen. Je mehr sich die gewaltsame (kriminelle, terroristische oder freiheitskämpferische) Option organisiert, desto mehr wird sie zu einer politischen Herausforderung der Eliten. Lokale Kriegsherren (»warlords«) versuchen, den alten Eliten auch die Kontrolle über einen Teil der internationalen Einkommen zu entreißen. Es kommt eventuell zum Bürgerkrieg und Staatszerfall. Gewaltunternehmer »regieren« das Land. Ohne territoriale Kontrolle bieten sich Schutz- und Rückfallräume für alle möglichen Aktivitäten, die die reichen Länder bedrohen können, nicht zuletzt für den internationalen Terrorismus. In dem Maß, wie die reichen Länder die Eliten in ihrem Versuch unterstützen, ihr Gewaltmonopol zu erhalten oder zurückzugewinnen, hat der Terror einen zusätzlichen Vorwand, auch gegen die Reichen vorzugehen.

Weltinnenpolitik bei Ungleichheit

Die Produktion von Sicherheit ist primär eine staatliche Aufgabe. Wo der Staat dabei versagt, übernehmen sie private Akteure. Meist geschieht das am reichen oder am armen Rand der Gesellschaften: Die Reichen leisten

11 Zum Charakter und zur Transformation von Rentenökonomien und Protektoraten vgl. Michael Dauderstädt und Arne Schildberg (Hg.) (2006): Dead Ends of Transition. Rentier Economies and Protectorates, Frankfurt/M.

12 Paul Collier und Anke Hoeffler: Greed and Grievance in Civil War (http://www.worldbank.org/research/conflict/papers/greedandgrievance.htm).

13 Vgl. dazu genauer Stefan Mair (2002): Die Globalisierung privater Gewalt. Kriegsherren, Rebellen, Terroristen und organisierte Kriminalität, SWP-Studie 10, Berlin.

sich private Sicherheitsdienste und *Gated Communities*, die Armen leben in vom Staat vernachlässigten Räumen, in denen Banden die Kontrolle übernehmen. Sie sind sowohl Opfer als auch »geschützte Untertanen« dieser Mafiastrukturen. In relativ egalitären Gesellschaften hält sich das Aufkommen privater und kommerzialisierter Gewalt in Grenzen, in ungleicheren wie den USA nimmt es zu. In dem Maße, wie die Globalisierung die Ungleichheit verstärkt und die Staatsfähigkeiten einschränkt, fördert sie diesen Prozess.[14]

In den armen Ländern ist der Staat notorisch schwach und lebt stärker von – oft dem Austausch mit der globalen Ökonomie entstammenden – Renteneinnahmen als vom Steueraufkommen einer demokratischen Gesellschaft. In den reichen Demokratien kreist der politische Konflikt eher darum, welche Partei die Versorgung mit öffentlichen Gütern (einschließlich Sicherheit) besser organisiert (was Verteilungskonflikte nicht ausschließt), und er wird primär an der Wahlurne ausgefochten. In autoritären armen Staaten geht der Kampf der Benachteiligten und Habgierigen stärker um den Anteil am Kuchen. Der angewandte Terror dient dann sowohl dazu, den Staat unfähig aussehen zu lassen, da er die Sicherheit nicht garantieren kann, als auch der Schwächung des jeweiligen Gegners.

Die reichen Staaten haben diese Gesellschaftsstrukturen der armen Länder toleriert, da sie ihren politischen und ökonomischen Interessen dienten. Solange autoritäre Staatsklassen die Sicherheit der auf ihrem Territorium verlaufenden Teilstücke der transnationalen Wertschöpfungsketten garantieren konnten und verhinderten, dass die Folgeprobleme von Armut und Unterdrückung in die reichen Länder überschwappten, bestand wenig Anlass, sie unter Druck zu setzen. Beides trifft immer weniger zu, womit die Anlässe zur Intervention zunehmen. Die Alternative, sich gegen die Probleme abzuschotten und die globalen Wirtschaftskreisläufe um die Problemzonen herum zu organisieren, erscheint immer weniger als machbar.

Aber die Kosten globaler Sicherheitsproduktion sind ebenfalls unakzeptabel hoch. Mit den Lohnkosten der reichen Länder ist kein globaler Staat zu machen. Die externe Bereitstellung von Recht und Ordnung durch internationale Sicherheitskräfte und Justiz kostet (entsprechend der in

14 Vgl. dazu auch Erhard Eppler (2002): Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?, Frankfurt/M.

Tabelle 1 präsentierten Einkommenslogik) ein Mehrfaches der einschlägigen Budgets der armen Empfängerländer. Wenn es gar in Protektoraten wie Bosnien, Kosovo, Sierra Leone, Liberia, Irak oder Afghanistan eine umfangreiche Präsenz solcher Kräfte gibt, transformiert sich die lokale Ökonomie in eine Rentenökonomie speziellen Typs, die sich auf die Kaufkraft der dort lebenden Schutzkräfte ausrichtet.

Die Sicherheitskräfte der reichen Länder (*par excellence* der USA, die über 40 Prozent der Weltrüstungsausgaben tätigen) verfügen dank überwältigender Kapitalausstattung (Waffen-, Transport- und Kommunikationssysteme sowie entsprechende Ausbildung) über eine Schlagkraft, die um ähnliche Größenordnungen über der von Soldaten ärmerer Länder liegt wie das Einkommen. Entsprechend verhalten sich die Verlust- und Tötungsraten (1:100), die nicht nur die technologisch gesteigerte Fähigkeit zu töten, sondern auch die sozial und politisch gesteigerte Sorge um das Leben der eigenen Soldaten widerspiegelt.[15] In Mogadischu starben 1993 hunderte von Somalis, als die Amerikaner versuchten, ein gutes Dutzend Soldaten zu retten, deren Hubschrauber abgeschossen worden war (*Black Hawk Down*). In Vietnam, in den Irak-Kriegen oder Afghanistan lagen die Zahlenverhältnisse bei absolut viel höheren Werten ähnlich. Die Austauschraten von Gefangenen oder Geiseln (z. B. zwischen Israel und den Palästinensern) liegen ebenfalls in dieser Größenordnung.

Der Selbstmordattentäter ist die logische Antwort der Armen auf die Überlegenheit der Reichen. Weil sein Leben nur ein Bruchteil dessen wert ist, was zum Schutz der Reichen aufgewandt wird, stellt er die perfekte asymmetrische Bedrohung dar. Wenn die Konflikte, in die die Sicherheitskräfte der reichen Länder intervenieren, immer mehr den Charakter von unübersichtlichen Bürgerkriegen annehmen, verliert die überproportionale Kampfkraft an Bedeutung. Bezeichnenderweise wird dann ein Abzug (wie in Somalia 1993) immer wahrscheinlicher.

Nach dem Abzug der Sicherheitskräfte geht aber das Hauen und Stechen meist weiter. Denn für langfristige Stabilität ist eine fast notwendige Bedingung, dass eine Entwicklung von der Rentenökonomie hin zu einer Unternehmerökonomie stattfindet, in der Einkommen durch Arbeit und Innovation entstehen und der Staat von Steuern finanziert ist. Diese Prozesse in einem Besatzungsregime zu implementieren, ist unmöglich. Deshalb kann und wird Intervention nur eine Ausnahmelösung bleiben. Dass Regimewechsel auch ohne militärische Intervention möglich ist, beweisen nicht nur der Kollaps des Kommunismus, sondern viel klarer noch der Fall Serbien. Hier wurde der Schurke durch eine Kombination von äußerem Druck und von außen unterstützter innerer Opposition gestürzt.

Letztlich liegt die leider unfassbare Lösung des asymmetrischen Bedrohungsproblems in der Entwicklung der armen Länder und dem damit verbundenen Abbau der Ungleichheit. Nach den Erfahrungen der wenigen *Success Stories* bedarf es dazu wahrscheinlich weniger scheinbar freier Märkte als vielmehr politisch-gesellschaftlich streng kontrollierter Rahmenbedingungen, um die unternehmerische Energie in die richtigen Bahnen (also eben nicht *Rentseeking* und Gewaltmärkte) zu lenken. Die wichtigsten und eigentlich am ehesten international zu beeinflussenden Märkte sind die Rohstoffmärkte, denen der Großteil der umstrittenen Renten entstammt. Aber gerade dort – am deutlichsten beim Öl – gibt es eine unheilige Allianz von Regierungen, Konsumenten und Unternehmen der reichen Länder mit den autoritären Eliten der ärmeren.

15 Vgl. oben Anm. 5.